

bereit sei, auch Abstriche an ihren weitergehenden nationalen Kontrollregeln für Dual-use-Güter vorzunehmen. Dabei sei zu prüfen, ob die deutsche Auffangnorm für Zulieferungen im konventionellen Rüstungsbereich (gemeint ist § 5 c AWV) auf die sensitiven Kernländer eingeschränkt und ob die Dienstleistungen und der nicht dokumentierte Wissenstransfer wirklich gegenüber dem bisherigen, weitgefaßten Länderkreis weiterhin kontrolliert werden sollten.

Schon die Formulierung der Fragestellung läßt erkennen, daß jedenfalls aus Sicht des Wirtschaftsministeriums alle Fragen mit einem „Nein“ zu beantworten sein dürften.

Rückkehr zu „Normalität“ und Weltmachtdenken

Die Renaissance des Militärischen im neuen Deutschland

Von Wolfram Wette

Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe verkündete der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts seine Entscheidung über die Vereinbarkeit weltweiter Bundeswehreinsätze mit dem Grundgesetz. Wie verlautet, wies das Gericht die Klagen der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP zurück und erklärte mit einfacher Mehrheit des Bundestags beschlossene militärische Einsätze im Rahmen internationaler Organisationen für grundgesetzkonform. Wir werden auf die Entscheidung und ihre Konsequenzen zurückkommen.

Den nachstehenden Beitrag entnehmen wir aus gegebenem Anlaß dem im September im Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M., erscheinenden Buch: Hans-Martin Lohmann, Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Autor, Herausgeber und Verlag danken wir für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck. D. Red.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich die Generäle der deutschen Wehrmacht hinter Stacheldraht. Dieser symbolisierte ihre vollständige Entmachtung nach jahrelanger exzessiver Betätigung der Vernichtungsmaschinerie. Dem Machtverlust, erzwungen nicht durch das eigene Volk, sondern von außen, durch die alliierten Siegermächte, folgte ein rapider Ansehensverlust des Militärs in der Bevölkerung.

Die nach dem Ersten Weltkrieg populäre pazifistische Parole „Nie wieder Krieg!“ wurde nach dem Zweiten verschärft. Nun hieß es ganz konkret: „Nie wieder Militär!“ Nicht nur die einfachen Menschen, die zu Kriegs- und noch schlimmeren Diensten gezwungen worden waren und sich dazu hatten zwingen lassen, sondern auch die Politiker — von Carlo Schmid bis Franz Josef Strauß - dachten und redeten damals so.

Die deutsche militärische Führungsschicht, welche - über mehrere Generationen hinweg - die Geschichte des deutschen Nationalstaates zwischen 1871 und 1945 wie keine andere gesellschaftliche Gruppe zu prägen vermocht hatte, war endlich am Ende, von außen besiegt. „Zerschlagung des deutschen Militarismus“ lautete das wichtigste Kriegsziel der Alliierten. Die Hinterlassenschaft der militärischen Version des Zivilisationsprojekts: Ungezählte Tote, Verletzte, Verstümmelte, materielle Zerstörungen, der Bankrott des Rechts und der Humanität, die Abgründe eines Krieges, der als ein „kriminelles Ereignis“ gewertet werden muß, „das den absoluten Tiefpunkt der deutschen Militärgeschichte darstellt“ (Manfred Messerschmidt).

Remilitarisierung ohne Pauken und Trompeten

Der militärfreie Zustand nach 1945 währte jedoch nicht lange. Gegen den Willen einer überwiegenden Bevölkerungsmehrheit drückte die Adenauer-Regierung in den frühen 50er Jahren die Wiederbewaffnung durch. Der Rhöndorf er, durchaus ein Zivilist und keineswegs ein passionierter Anhänger des militärischen Milieus, wußte, daß sein primäres politisches Ziel, nämlich die Westintegration der Bundesrepublik, nur für den Preis der Aufstellung deutscher Streitkräfte zu haben war, die von vornherein in einen größeren Bündniszusammenhang integriert werden sollten. Ohne Rückgriff auf Angehörige der früheren Wehrmacht-Elite war diese Aufgabe aber - zumindest in der für erforderlich gehaltenen Eile - nicht zu lösen. Daher wurde der Bundeskanzler gedrängt, vor den ehemaligen Wehrmachtoffizieren einen Kotau zu machen. So gab Adenauer am 5. April 1951 öffentlich eine Ehrenerklärung für jene Angehörigen der Wehrmacht ab, „die sich nichts hatten zuschulden kommen lassen“. Diese Worte wurden nicht nur als Balsam auf die Wunden angenommen, sondern in der Folgezeit auch zu dreister Schönfärberei der Vergangenheit mißbraucht. Die Bundesrepublik Deutschland aber war dabei, sich wieder jene Machtattribute zuzulegen, die nach traditionellem Politikverständnis einen souveränen Staat erst konstituierten. Im Unterschied zur nationalstaatlichen Vergangenheit fand jetzt eine partielle Entnationalisierung statt: Sowohl das Projekt einer europäischen (EVG) als auch das einer nordatlantischen Einbindung (NATO) folgte der - gerade auch von Adenauer bejahten - Grundidee, das deutsche Militär angemessen zu kontrollieren.

Mit dem Aufbau der Bundeswehr, einer Rüstungsindustrie und der Wiederanknüpfung an das politische Denken in Kategorien der militärischen Gewalt reihte sich die Bundesrepublik Deutschland in die zeitgenössische Weltmilitärordnung ein. Doch eines kehrte nicht wieder: Der alte Glanz des Militärischen, das Imponiergehabe mit

Pauken und Trompeten. Eine Restauration der herausgehobenen gesellschaftlichen Stellung des deutschen Berufsmilitärs, die ein wesentliches Charakteristikum von Kaiserreich, Weimarer Republik und Hitlerzeit gewesen war, blieb aus.

Nicht wenige Offiziere litten und leiden bis heute an diesem Zustand, den sie als mangelndes gesellschaftliches Ansehen interpretieren. Sie sind, wie Kenner des Milieus zu wissen meinen, geradezu sichtig nach Streicheleinheiten, nach Anerkennung „von oben“, von den Politikern und den dominierenden Meinungsmachern. Die „unten“, die einfachen Menschen, sind ihnen dagegen eher egal. Das hat das militärische Herrschaftssystem so an sich.

Gab es in der Bundesrepublik also schon keinen Sonderstatus mehr für das Militär - das Gerede vom Beruf „sui generis“ versuchte ihn vergeblich einzuklagen -, so doch einen speziellen Bedarf an gesellschaftlicher Anerkennung. Man muß versuchen, das zu verstehen: Der Kalte Krieg, in militärischer Hinsicht definiert durch das atomare Patt, verordnete den Soldaten die permanente Wartestellung. Durch bloßes Da-Sein sollten sie zur Kriegsverhinderung beitragen. Aktives militärisches Tätigsein - Kriegführen - war nicht gefragt, war untersagt. Denn es hätte mit großer Wahrscheinlichkeit Vernichtung und Selbstvernichtung bedeutet. Die Perspektive der zu erwartenden Kriegsfolgen ließ Kriegsführungsdenken alten Stils einfach nicht mehr zu.

Freunde ringsum

Mit dieser geschrumpften Rolle des Militärs hatte man sich schon fast abgefunden, als durch den Zusammenbruch des kommunistischen Weltsystems und das durch ihn bewirkte Ende des Ost-West-Konflikts eine grundlegende Veränderung der Lage eintrat. Der Feind war weg, mit ihm die atomare Bedrohung oder doch das Bild, das man sich von ihr gemacht hatte. Nicht mehr „Feinde ringsum“, wie es vor 1914 und vor 1939 einmal in der Propaganda geheißen hatte, auch keine Feinde mehr im Osten, sondern plötzlich „Freunde ringsum“. Beängstigend! Bei jenen Militärs, die perspektivisch zu denken vermochten, rüttelte diese Erkenntnis buchstäblich an der Existenz. Schließlich hätte sich ja in der deutschen Öffentlichkeit die Frage breit machen können: Wozu brauchen wir noch ein Militär, wenn nirgends ein Feind in Sicht ist?

Diese Legitimationskrise des Militärs ging tiefer als alle früheren. Nicht das Land war bedroht, aber die Zukunft der Berufssoldaten. Diese aber nahmen die Herausforderung umgehend an. Sie durchdachten so ziemlich alle Betätigungsmöglichkeiten, die sich für eine Bundeswehr der Zukunft bieten könnten, und fanden sie schließlich in der allgemeinen Zukunftsperspektive einer „gewachsenen Verantwortung“ des größer gewordenen Deutschlands: Verantwortung weltweit, militärisch definiert, mit Friedensvokabeln in Watte gepackt, durch Hinweise auf eine beabsichtigte Einbindung in internationale Organisationen vom Makel des — historisch belasteten - nationalen Alleingangs befreit.

Die Propaganda der Bonner Hardthöhe brachte ein ganzes Arsenal guter und schöner Worte unters Volk: Wir Deutschen müßten „Mitverantwortung für die Wahrung von Frieden, Humanität und internationaler Sicherheit“ übernehmen, müßten uns beteiligen an „friedensbewahrenden“, „friedenserhaltenden“, „friedenschaffenden“, „friedensstiftenden“, notfalls auch „friedens erzwingenden“ Missionen. Deutsche Sanitätssoldaten in Kambodscha wurden in der Bundeswehrkampagne als „Engel von Phnom Penh“ bezeichnet. Weiter ging es in der Militärwerbung um

Begriffe wie „Solidarität“, „humanitären Beistand“ und um eine Bundeswehr „für Frieden und Menschlichkeit in der Welt“. Die Zeitschrift „Bundeswehr aktuell“ (12. Oktober 1993) beschrieb die künftige Aufgabe der deutschen Streitkräfte so: „Vom Kriegsverhinderer zum aktiven Friedensförderer“.

Man sieht: Begriffe wie „Krieg“ und „Verteidigung“ wurden strikt vermieden; statt dessen okkupierte man sozusagen das Vokabular der Friedensbewegung und deutete es für die eigenen Zwecke um. Warum dieses Versteckspiel? Warum dieses verbale Verdrängen des Tatbestandes, daß jedes militärinterventionistische Unternehmen ein Akt staatlicher Gewalt ist, der jederzeit in Krieg umschlagen kann? Die Antwort lautet: Die „Out-of-area“-Propagandisten werben um eine möglichst breite Akzeptanz für die neuen Rollen der Bundeswehr und nehmen zugleich Rücksicht auf eine deutsche Öffentlichkeit, die vom Krieg nichts wissen will.

Neue Aufgaben

Im politischen Raum wurde der Militärinterventionismus in Verbindung gebracht mit der Vorstellung einer durch die deutsche Einigung wiedergewonnenen „Normalität“. Auf die Militärpolitik bezogen, sollte eine Neuorientierung der Außenpolitik an den Gewohnheiten und Statussymbolen der alten Weltmächte erfolgen zur Vorbereitung auf die angestrebte Rolle, selbst Weltmacht spielen zu können.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, testete seit 1991 immer wieder aus, wie weit sich das Militär in dieser gestaltungsoffenen Phase der deutschen Politik vorwagen konnte, ohne von den verantwortlichen Politikern zurückgepiffen zu werden. Er kam weit voran, da man ihm gestattete, genuin politisches Terrain zu betreten. Seine Grundgedanken über neue Aufgaben für die Bundeswehr wurden von der Bundesregierung nicht zurückgewiesen. Minister Rühle verlieh ihnen vielmehr am 24. November 1992 den Status von „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (im Wortlaut dokumentiert in: „Blätter“, 9/1993, S. 1137 ff., d. Red.), verbindlich für den gesamten Verteidigungsbereich.

Die verschlungenen Wege der politischen Willensbildung, die zu diesem Ergebnis führten, werden vermutlich noch manchen Politologen und Historiker beschäftigen. Gern wüßte man genauer, wer in welcher Phase der Treibende und wer der Getriebene war. blieb den Politikern womöglich nur die Rolle des Notars und des Verkünders? Immerhin gab der ehemalige, christdemokratische Verteidigungs-Staatssekretär Willy Wimmer, der die Hardthöhe kennt, öffentlich seinen Eindruck wieder, daß sich „der Apparat verselbständigt“ habe. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt sah angesichts der vorlauten öffentlichen Auftritte des Generalinspektors gar den Primat der Politik in Gefahr. Wird General Naumann später einmal als ein neuer Seeckt bezeichnet werden? Sicher ist er weder Antidemokrat wie Seeckt noch ein potentieller Militärdiktator. Verbindet man mit dem Reichswehrgeneral jedoch die Vorstellung, daß er die Existenzinteressen des Berufsmilitärs und die Perspektive eines militärischen Machtstaats wirkungsvoll vertrat, so möchte man diesen Vergleich nicht ausschließen.

„Der Krieg ist der Ernstfall“

Legitimationskrise der Bundeswehr: Das ist, von außen betrachtet, eine abstrakte politische These, die den objektiven Aufgabenschwund und, damit einhergehend, die fehlende oder mangelnde Rechtfertigung der Existenz eines Milliarden Mark

teuren staatlichen Gewaltinstrumentes umschreibt. Bei den Menschen, die dieser Institution angehören, wird die Legitimationskrise naturgemäß zu einem sehr konkreten Problem, nämlich zu einer Frage der materiellen und ideellen Existenz. Von daher erklären sich sowohl die emsigen Aktivitäten der Militärplaner im Hinblick auf neue Aufgaben der Bundeswehr als auch die große Verunsicherung unter den Soldaten. Diese Verunsicherung schlug sich unter anderem in einer heftigen Debatte in den militärischen Fachzeitschriften nieder, die von der Öffentlichkeit allerdings kaum wahrgenommen wurde.

Besonders aufschlußreich ist jener Teil der innermilitärischen Diskussion, der zwischen März 1991 und März 1992 in der vom Verteidigungsministerium herausgegebenen Monatsschrift „Truppenpraxis“ geführt wurde, also noch bevor Rüge im November 1992 seine „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ erließ. Die Debatte ist zu verstehen als ein Reflex auf die allgemeine Legitimationskrise nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, auf die Erfahrung des Golfkriegs 1991 und auf die zukünftigen „neuen Aufgaben“. Die innermilitärische Sinnsuche verlief ungemein heftig und kontrovers. Sie ließ zunächst einmal erkennen, daß sich in der Bundeswehr noch immer die alten Positionen der „Traditionalisten“ und der „Reformer“ gegenüberstehen.

Was jedoch eine sensiblere öffentliche Wahrnehmung verdient hätte, ist der Tatbestand, daß die Traditionalisten selbstbewußt und kämpferisch wie nie zuvor auftraten. Sie witterten sozusagen Morgenluft, das heißt, sie sahen die - ihnen in der vierzigjährigen Bundeswehrgeschichte bislang verwehrte - Chance, ihre bellizistische Vorstellungswelt offen zu propagieren.

In erkennbarer Frontstellung gegen den in Militärkreisen wenig beliebten früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der den Frieden als den „Ernstfall“ und das Militär als „notwendiges Übel“ bezeichnet hatte, gingen Teilnehmer der militär-internen Debatte nunmehr in die Offensive.

Hantiert wurde dabei vornehmlich mit militärischen Argumenten. Man muß jedoch berücksichtigen, daß diese professionelle Betrachtungsweise durchaus ihre Berührungspunkte mit einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion aufwies. Hier sei nur an die bellizistische Argumentation nicht nur traditionalistischer Machtpolitiker, sondern auch etlicher linker Intellektueller während des Golfkrieges erinnert. Das heißt, daß die militärinterne Wiederbelebung kampf- und kriegsorientierter Denkmuster nicht bloß „von innen“ gespeist wurde, aus der Frustatmosphäre mancher Offizierskasinos, sondern daß sie auch Anstöße „von außen“ erhielt. Sie hatte einen breiten gesellschaftlichen Resonanzboden, bis in Teile der linken Szene hinein (Enzensberger, Biermann, Broder u. a.).

Damit zurück zur militär-internen Debatte von 1991/92: Unter der Überschrift „Der Krieg ist der Ernstfall“ las Generalmajor Johann Adolf Graf von Kielmannsegg in der „Truppenpraxis“ (3/1991, S. 304-307) den Flaumachern die Leviten. Während des Golfkriegs von 1991, in dem „Soldaten der deutschen Streitkräfte das erstmal seit Bestehen der Bundeswehr auf eine wirkliche Probe gestellt“ worden seien, erkannte der General „besorgniserregende“ Zustände: Ein sprunghaftes Ansteigen der Zahl der Kriegsdienstverweigerer, Klagen und mangelnde Disziplin selbst unter Berufssoldaten - und eben ein generell gestörtes Verhältnis zum Krieg. Die Kernaussage: „Und der Ernstfall ist eben nicht nur der Frieden, so einsichtig dies auf den ersten Blick auch scheinen mag und so gut sich damit werben läßt. Der Ernstfall ist vor

allem der Krieg. Auch das Grundgesetz ist da ganz eindeutig. Der Verfassungsauftrag der Bundeswehr heißt Verteidigung, ohne Wenn und Aber, nicht Frieden." Kriegsverhütung sei die Aufgabe der Politik.

Wiederbelebung traditioneller Kriegsapologetik

Kielmannsegg begnügte sich jedoch nicht mit - den Gesamtauftrag der Verfassung verkürzenden - rechtlichen Argumenten. Zugleich versuchte er eine allgemeine Kriegsapologetik wiederzubeleben, von der man gehofft hatte, sie gehöre endgültig in die Rumpelkammer der Geschichte, die aber heute womöglich schon wieder konsensfähig geworden sein könnte. Es gibt Krieg, „weil diese Welt ein für allemal ist, wie sie ist, gut und böse, friedfertig und gewalttätig, gerecht und ungerecht". Das bleibe für alle Zeiten so: „Denn Krieg, Gewalt, Tod und Ungerechtigkeit können eben nicht in einer großen moralischen und politischen Anstrengung für immer aus der Welt geschafft werden." Wenn also der Frieden nicht gewahrt werden kann, „dann hat der Soldat zu kämpfen, und er hat es zu können und zu wollen, wie das Gesetz es befiehlt, auch das Sittengesetz". Alles andere, werden Kriegsgegner und Schwankende durch den General belehrt, „wäre verantwortungslose, utopische Traumtänzeri". Es folgen weitere heftige Angriffe gegen jene Teile der deutschen Öffentlichkeit, die diesen Gedankengängen so nicht folgen möchten: „Viele, und nicht nur die Friedensbewegung, haben sich nur zu bereitwillig in den moralischen Impuls, in den emotionalen Reflex ‚Kein Krieg‘ geflüchtet."

In einer weiteren, auffallend aggressiven Stellungnahme („Truppenpraxis", 1/1992, S. 108 f.) verschärfte General Kielmannsegg die Polemik nicht nur gegen seine Kontrahenten aus dem militärischen Milieu, sondern gegen jene großen Teile der deutschen Gesellschaft, die dem Krieg durch friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ersetzt wissen wollen. Man muß das gelesen haben: „Die wahre Einstellung vieler Friedensbewegter, die sich soviel besser vorkommen als wir Soldaten, wenn sie hier völlig ohne Risiko und ohne Verantwortung ihre Parolen verkünden, zeigt sich nur zu deutlich am Krieg in Jugoslawien. Sie schweigen! Keine Demonstration, keine Mahnwachen, keine Entrüstung. Es geht diesen Menschen also offenbar gar nicht wirklich um den Frieden schlechthin. Das grenzt an Heuchelei. Ich bin aber sicher, daß sie sofort auf der Straße gewesen wären, wenn die USA oder eine andere westliche Nation militärisch eingegriffen hätte - was übrigens moralisch in hohem Maße gerechtfertigt gewesen wäre -, um das Schlachten in Kroatien zu beenden. Kroatien, das mit Krieg überzogen wurde, eben weil es keine kriegstüchtige Armee hat." Weiter belehrt der General die - vielleicht noch zögerlichen - Leser der „Truppenpraxis" : „Mit dem ganz unpassenden Begriff Bellizismus hat das nicht das geringste zu tun." Er weiß Bescheid. Denn er kennt „die Geschichte und das Wesen des Menschen".

Nicht verstehen kann er allerdings eine Gesellschaft, die den Berufssoldaten die nötige Anerkennung verweigert. Kielmannsegg leckt die Wunden vieler, wenn er bittere Klage darüber führt, „in welcher Weise in Teilen unserer Öffentlichkeit während der vergangenen Jahre mit dem Ansehen der Streitkräfte umgegangen wurde, wie Beruf, Aufgaben und Ethos der Soldaten bedenkenlos und ohne Risiko in aller Offenheit herabgesetzt werden konnten, wie Kriegsdienstverweigerung moralisch, ja christlich überhöht wurde . . .". Es gebe sogar Angehörige der Bundeswehr, empört er sich, die sich darin gefallen, „ständig an der eigenen Auflösung und Negierung zu arbeiten oder die Sinnggebung unseres Berufes in Frage zu stellen". Mit alledem muß es nach der Überzeugung dieses Generals nun ein Ende haben. Er

richtet den Blick nach vorn: Nun gelte es, „politische Normalität und Verantwortung“ einzulösen, und das heißt, sich den lange verdrängten Tatbestand wieder zu vergegenwärtigen, „daß Soldatsein in letzter Konsequenz auch Töten und Sterben heißen kann“. Also komme alles auf die Herstellung der „Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr“ an.

Der „Zukunftskrieg“

Ein anderer Diskussionsteilnehmer, Brigadegeneral Andreas Broicher, damals an einflußreicher Stelle für die Ausbildung des Heeres mitverantwortlich, verlangte in zwei Beiträgen „kriegsnahe Ausbildung“. In ihr sollten die Erfahrungen aus früheren Kriegen nutzbar gemacht werden für den „zukünftigen Krieg“ („Truppenpraxis“, 3/1991, S. 294-298, und 4/1991, S. 372-380). Die Perspektive eines weltweiten Militärinterventionismus ist hier schon immer mitgedacht: „Der zweite Golf-Krieg hat uns allen die Möglichkeiten vor Augen geführt, die ein bewaffneter Einsatz mit sich bringen kann.“

Nicht ohne Pikanterie war die Art und Weise, wie ein ehemaliger hoher Offizier der DDR-Volksmarine, Konteradmiral Dr. Günther Pöschel, den Verfechtern der These, daß der Krieg nun wieder der Ernstfall sei, eilfertig sekundierte („Der Krieg, das Vaterland und der Donner schweren Geschützes“, in: „Truppenpraxis“, 3/1992, S. 304—306). Selbstverständlich weise der Verfassungsauftrag „den Streitkräften als höchste Bewährungsprobe ihren Einsatz im bewaffneten Kampf, dem Kriege zu“. Für jene Teilnehmer der militärinternen Grundsatzdebatte, die bekundeten, daß sie nach wie vor den Frieden als den Ernstfall ansähen, hatte der stramme Ex-DDR-Offizier nur ein „Schmunzeln“ und „eine Träne der Verzweiflung“ übrig. Aber auch mit den Begriffsakrobaten auf der Hardthöhe, die Frieden sagen und Kampfeinsatz meinen, ging er ins Gericht: „Mit einer wahren Besessenheit wird nach meinem Eindruck seit geraumer Zeit versucht, militärische Terminologie 'friedfertiger' und 'gesellschaftlich angepaßter' zu machen. Da wird alles umgewandelt, was auch nur im entferntesten an Krieg, Verteidigung, Kampf, Tod, töten, sterben u. ä. erinnert. Die neuen Wortschöpfungen sind unklar, dehnbar, glitschig wie Aale und kaum mehr für den exakten militärischen Sprachgebrauch tauglich. Ich sehe darin eine gewisse Feigheit gegenüber der Öffentlichkeit. Man fürchtet offensichtlich wie der Teufel das Weihwasser den Verdacht, nicht für den Frieden zu sein und ob der klaren militärischen Sprache als ‚Militarist‘ angesehen zu werden. So wird denn munter weiter neues Vokabular erfunden und die Öffentlichkeit damit eingekullt.“ Wie wahr!

Erste Konsequenzen aus den „neuen Aufgaben“

Zeitlich parallel zu solchen Diskussionen über eine Restauration des Einsatzes kriegerischer Gewalt im weltweiten Maßstab fanden — ebenso unbemerkt von der Öffentlichkeit — bemerkenswerte Veränderungen im Personalkörper der Bundeswehr statt. Im Zuge der Verkleinerung der deutschen Streitkräfte (Bundeswehr plus NVA) von 670000 auf 370000 Mann, durchzuführen bis zum Jahre 1994, gingen auch einige tausend Berufsoffiziere vorzeitig in den Ruhestand. Wie Insider vermuten — empirische Untersuchungen zu diesem Aspekt stehen bislang noch aus -, dürften unter den Offizieren, die den Dienst quittiert haben, nicht wenige gewesen sein, die den neuen militärpolitischen Entwicklungen ablehnend gegenüberstanden und Zweifel hegten, ob die neuen Aufgaben überhaupt mit ihrem in der „alten“ Bundeswehr geleisteten Eid in Einklang zu bringen seien. Leider verließen diese Offiziere

die Streitkräfte stillschweigend, das heißt, ohne ihre Motive öffentlich zu erklären. Nach ihrem Weggang dürfte die ohnehin schwach ausgeprägte politische Pluralität des Offizierskorps der Bundeswehr weitere Einbußen erlitten haben. Das verbliebene Führungspersonal scheint die Politik des weltweiten Militärinterventionismus mehr oder weniger gutzuheißen. Es verspricht sich von ihr interessante Aufgaben, Aufstiegschancen, eine neue Legitimation und verstärkte gesellschaftliche Anerkennung.

Naturgemäß ist die außen- und militärpolitische Neuorientierung nicht ohne Auswirkungen auf die wissenschaftlichen Institutionen der Bundeswehr geblieben, die ihre Entstehung beziehungsweise ihre Ausgestaltung den Reformphasen der 50er und der 70er Jahre verdanken (vgl. Detlev Bald/Martin Kutz/Manfred Messerschmidt/Wolfram Wette, Zurück, marsch, marsch!, in: „Die Zeit“, 6. 5.1994). Einige von ihnen sollen nach dem Willen der Militärplaner künftig im Großraum Berlin-Potsdam in einem sogenannten „Geistigen Zentrum“ inhaltlich und personell gestrafft sowie räumlich zusammengefaßt werden. Dabei scheint man sich bewußt über die Erkenntnis hinweggesetzt zu haben, daß im Zeitalter moderner Kommunikationsmittel geistiges Arbeiten auch dezentral und regional geleistet werden kann. Vermutlich sind die Beweggründe und Motive für solche Zentralisierungsbestrebungen primär im Bereich der Herrschaftssymbolik und der schnellen Zugriffsmöglichkeiten auf wissenschaftliches Know-how zu suchen sowie in einem geminderten Interesse an wissenschaftlicher Grundlagenforschung. Denn so genau will man die ganze Wirklichkeit des Krieges eigentlich auch nicht wissen!

Militärgeschichte als „Lehrmeisterin“ und „Sinnstifterin“

An dieser Stelle soll die Militärgeschichte etwas näher betrachtet werden, die seit 1959 in einer wissenschaftlichen Einrichtung der Bundeswehr, nämlich dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), betrieben wird. Es wurde seinerzeit geschaffen, weil die Universitäten vor dem Hintergrund der Indienstnahme kriegsgeschichtlicher und „wehrgeschichtlicher“ Forschung durch den NS-Staat nicht mit dieser - als anrühlich geltenden - Thematik zu tun haben wollten. Es wäre ein lohnendes Thema, einmal zu untersuchen, ob hinter dem seinerzeitigen universitären Naserümpfen, das zur Ausklammerung des historisch ungemein wirkungsmächtigen Faktors Militär und Militarismus aus der akademischen Forschung führte, nur uneigennützige Motive standen. Aber es war so: Mit diesem Teil der Geschichte wollten die Universitäten der 50er Jahre nichts zu tun haben.

Als das Militärgeschichtliche Forschungsamt gegründet wurde, gingen die Initiatoren behutsam vor. Sie reagierten auf die historischen Belastungen der „Wehr- und Kriegsgeschichte“ in der Weise, daß sie die in dieser Institution zu betreibende historische Forschung unter den Schutz des Artikels 5 Absatz 3 des Grundgesetzes stellten. Die Forschung sollte frei sein, nicht militärischen Interessen unterworfen werden können. Allerdings blieben die Initiatoren insoweit auf halbem Wege stehen, als sie statt eines Instituts unter wissenschaftlicher Leitung ein „Amt“ mit einem militärischen Chef an der Spitze schufen, womit - angesichts der völligen Unvereinbarkeit wissenschaftlicher Arbeitsprinzipien und militärischer Herrschaftsansprüche - ein unersprißlicher Dauerkonflikt institutionalisiert wurde. Gleichwohl konnte sich unter dem verfassungsrechtlichen Schutzschild des Artikels 5 seit den ausgehenden 60er Jahren eine moderne Militärgeschichtsforschung entwickeln, die wegen ihrer

kritischen Selbständigkeit national und international Aufsehen erregte und Anerkennung fand.

Mißfallen löste sie allerdings in zunehmendem Maße bei der - traditionalistisch orientierten - Generalität aus. Diese erwartete nämlich stillschweigend „Loyalität“, und das bedeutete: Rücksichtnahme auf militärisches Prestige, Mehrung des Ansehens des militärischen Berufsstandes durch die Darstellung seiner historischen Leistungen und nicht zuletzt historische Zuarbeit für die Kriegsführungslehre. Was jene Gruppe von Wissenschaftlern des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, die sich einer modernen Militärgeschichte verpflichtet fühlten, statt dessen boten, war eher von einer allgemeineren gesellschaftspolitischen Verantwortung getragen. Dem vorrangigen Wissenschaftsverständnis zufolge galt es, die interessierte Öffentlichkeit wahrheitsgemäß über die Rolle des Militärs in der Vergangenheit aufzuklären, natürlich auch über die Rolle der Wehrmacht in der Hitlerzeit. Genau das aber empfanden die Traditionalisten mit ihrem positiven Wehrmachtbild geradezu als „Wehrkraftzersetzung“.

Vor dem Hintergrund der oben bereits geschilderten restaurativen Tendenzen der jüngsten Vergangenheit wird verständlich, daß der Militärgeschichtsforschung nunmehr eine verstärkte administrative Aufmerksamkeit zuteil wurde: Auf Betreiben führender Militärs der Hardthöhe entschied Minister Rühle Ende 1992, das Forschungsamt bereits 1994 - als erste Bundesbehörde überhaupt - in den Osten, nämlich in das traditionsreiche Potsdam, zu verlegen. Das geschah gegen alle sachlich-fachlichen Argumente, die sich noch am alten Forschungsauftrag orientierten. Die wichtigste Arbeitsgrundlage, nämlich die Akten des Bundesarchiv-Militärarchivs (BA-MA), einer Institution des Bundesinnenministeriums, verbleibt sinnigerweise in Freiburg. Der Schluß, daß künftig nicht mehr in gleichem Umfang wie in der Vergangenheit Quellenforschung betrieben werden soll, liegt auf der Hand. Man hört gerüchtweise von neuen Schwerpunkten: „Sinnstiftung“ und „praktische Zuarbeit“. Sollte sich das neue „Geistige Zentrum“ der Bundeswehr demnächst als eine große Propagandainstitution entpuppen?

Schon seit einiger Zeit ist ein gesteigertes Interesse der militärischen Führung an historischen Operationsstudien erkennbar, die für den Taktikunterricht nutzbar gemacht werden sollen. In welchem Kontext dies interpretiert werden muß, kann wiederum der - oben bereits in Teilen referierten — Debatte in der Zeitschrift „Truppenpraxis“ entnommen werden. Brigadegeneral Andreas Broicher breitet sich dort über die Frage aus, welchen Nutzen die „Kriegsgeschichte“ - die er, wie es vor 1945 üblich war, auf die Geschichte militärischer Operationen reduziert - für die „kriegsnahe Ausbildung“ haben könne („Truppenpraxis“, 3/1991, S. 294ff.). Sein Credo lautet: „Ich bin überzeugt, daß die Kriegsgeschichte unsere wichtigste Lehrmeisterin ist und bleibt. Sie allein lehrt uns das wahre Wesen des Krieges, läßt die Ursachen von Sieg und Niederlage, die zahllosen zu überwindenden Schwierigkeiten und Reibungen erkennen; ihr Studium ist das beste Mittel, sich auf den Einsatz im Kriege vorzubereiten.“ Broicher empfiehlt seinen Lesern folgerichtig nicht etwa die Lektüre des - im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) auf breiter Quellenbasis erarbeiteten und dem Ethos der Wissenschaft verpflichteten - Werks „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“. Statt dessen weist er auf „operative Studien“ und „kriegsgeschichtliche Beispiele“ hin - gemeint sind Darstellungen militärischer Operationen des Zweiten Weltkrieges -, in denen man operatives Denken und Handeln lernen könne. Die Perspektive des Militärinterventionismus läßt also auch hier grüßen.

Mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung und der militärischen Spitze gewollten „neuen Aufgaben“ der Bundeswehr ist mehrfach, auch im Deutschen Bundestag, vor einer „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ gewarnt worden. Man fragt sich allerdings, ob diese Warnungen in der Öffentlichkeit hinreichend wahrgenommen wurden. Blieb der in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ verborgene Sprengstoff gar unbemerkt? Oder wurde ihm kein besonderer politischer Stellenwert beigemessen? Zu einer Reaktivierung der Friedensbewegung ist es jedenfalls bislang nicht gekommen. Woran liegt das? Wer in dieser Gesellschaft paßt eigentlich auf, was auf der Bonner Hardthöhe ausgeheckt wird? Wo sind die kritischen und in militärpolitischen Fragen sachkompetenten Journalisten, die entsprechende Verbindungen haben, um „hinter die Kulissen“ schauen zu können? Oder ist es heute schon wieder eine Frage des journalistischen Muts, gegen den Stachel der offiziellen Militärpolitik zu locken?

Es könnte sein, daß wir es mit einem generationsspezifischen Problem zu tun haben. Die 68er Zeit hat antimilitaristische Anstöße gegeben, die zu einer verbreiteten - historisch bislang einmaligen - Akzeptanz friedenspolitischer Betätigung in unserem Lande geführt haben. Diese Entwicklung war für dieselbe Generation, zumindest für ihre tonangebende intellektuelle Schicht, verknüpft mit einer pauschalen Ablehnung alles Militärischen. Progressive Einstellungen und pazifistische Überzeugungen mündeten in ein schlichtes Desinteresse am Militär. Es galt geradezu als degoutant, sich mit diesem Milieu in irgendeiner Weise einzulassen. Anders als zu Zeiten Ossietzkys und Tucholskys, die sich — als Sprachrohre einer Minderheitszeitlebens als kritische Analytiker militärpolitischer Vorgänge betätigten und auf diese Weise die politische Meinungs- und Willensbildung beeinflussten, übten sich die Intellektuellen der 70 und 80er Jahre eher in Abstinenz, ja in Ignoranz gegenüber dem Machtfaktor Militär. Wahrscheinlich war dieses Verhalten auch der Ausdruck eines - im Vergleich zu den 20er Jahren - gewachsenen demokratischen Selbstbewußtseins: Das Militär wurde nicht mehr, wie damals, als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen.

Mag die angesprochene Abstinenz also gute Gründe haben, so könnte sie seit dem Beginn der 90er Jahre eine Gefahr hervorbringen oder doch begünstigen: Daß sich nämlich die hier beschriebenen Tendenzen einer neuen Militarisierung unter dem propagandistischen Deckmantel der „Normalität“ durchsetzen, ehe eine kritisch gewordene Öffentlichkeit dies überhaupt hinreichend bemerkt.

Der Zustand der Medienlandschaft

und die Perspektiven der Politik in diesem Lande erweisen: Die Blätter werden mehr denn je gebraucht. Doch um die Zeitschrift zu erhalten und auszubauen, brauchen wir Ihre Unterstützung. Die Unabhängigkeit von Parteien, Kirchen und Verbänden hat ihren Preis: Abhängigkeit vom Engagement der Leserinnen und Leser.

Die Blätter fördern können Sie am besten, indem Sie neue Abonnentinnen werben und/oder dem Förderverein beitreten. Die Beiträge (mindestens 20 DM monatlich, den Bezug der Blätter als Mitgliederzeitschrift inbegriffen) und Spenden sind übrigens voll steuerabzugsfähig.

Der Blätter-Förderverein: Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V. • Vorstand: Karlheinz Koppe, Corinna Hauswedell, Wolfgang Zellner • Bertha-von-Suttner-Platz 6, 53111 Bonn.